

unter**helpo**

Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union | Lokalföderation Münsterland

www.fau.org/muenster | faums@fau.org

Exzellente Demontage

Von Eliteuniversitäten, Exzellenzclustern und einem zutiefst unsozialem Bildungssystem

Glaubt man einschlägigen Medienberichten, dann hat sich die deutsche Bildungslandschaft in den vergangenen Jahren von einem kargen Acker in eine fröhliche Festwiese verwandelt. Der Schock der Pisa-Studien scheint überwunden. Überall herrscht Betriebsamkeit. Verkrustete Strukturen werden aufgebrochen. Entschiedener Reformwille verdrängt traditionsverliebte Schwerfälligkeit. Politik, Schule, Universität und Wirtschaft schreiten einträchtig Hand in Hand einer schönen, neuen Bildungswelt entgegen. Auch der Jargon ist zeitgemäß. Universitäten rühmen die "Event-Kultur" ihrer Standorte und Seminare, "Leuchttürme der Forschung" schießen wie Pilze aus dem Boden, und die erste Runde im Kampf um die Zuteilung der sogenannten Exzellenzförderung, von der weiter unten die Rede sein wird, läutete der damalige Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) Ernst-Ludwig Winnacker mit dem Slogan ein: "Brain up! Deutschland sucht seine Spitzenuniversitäten".

Man möchte meinen, es gebe keinen Ort, an den Jürgen Klinsmann und Dieter Bohlen nicht gelangen können. Bildung: Eine Mischung aus Rummelplatz, Werbebörse und Casting-Show?

Kopflös zur Kopfnote

Von Epikur stammt der ebenso treffende wie zeitlos gültige Satz: "Bei den meisten Menschen ist die Ruhe nichts als Erstarrung, und die Bewegung nichts als Raserei". Besser kann man die deutsche Bildungspolitik kaum beschreiben. Aber was sich im Schatten der bonbonbunten Werbetafeln abspielt, ist längst nicht mehr "nur" das unkontrollierte Zucken einer Kultusbürokratie, die nach dem "Pisa-Schock" eilends Aktivität nachweisen mußte. Was sich abspielt, ist der wohl unsozialste bildungspolitische Kahlschlag der Nachkriegszeit. Die jüngsten Veränderungen, schreibt der Münchner Sozialpsychologe Heiner Keupp, sind Teil einer

Mobilisierungsstrategie mit dem Ziel, die deutschen Bildungseinrichtungen, allen voran die Universitäten, "ihrer kritisch-reflexiven Restbestände [...] zu berauben und sie in das Getriebe des globalen Kapitalismus als unmittelbar nutzbare Ressource widerstandslos einzupassen". Dabei gleichen Schulen und Universitäten mehr und mehr Werkshallen. In ihnen wird das künftige Humankapital – je früher, desto besser – vorsortiert, geordnet und vor allem: etikettiert. Wie sonst soll man die Aussage der Nordrhein-Westfälischen Ministerin für Schule und Weiterbildung Barbara Sommer verstehen, die die Wiedereinführung von "Kopfnoten" damit rechtfertigte, die Wirtschaft habe ein Recht darauf, zu erfahren, wen sie einstellen werde? Kopfnoten, ein Relikt aus Großmutterzeiten, ergänzen seit dem Schuljahr 2007/2008 an allen weiterführenden Schulen in Nordrhein-Westfalen die herkömmliche Benotung der

schulischen Leistung. "Zensiert" werden "Charakter", "Teamfähigkeit", "soziales Verhalten"... wie in einem Arbeitszeugnis. Wie man das sinnvollerweise fair und neutral machen soll, weiß niemand; am wenigsten die Schulkollegien. Aber gemacht wird es trotzdem. Das dreizügige Schulsystem in Deutschland war selbstverständlich immer schon ein Ort der sozialen Auslese. Nun aber kann der Lebensweg eines Schülers, der "sich nicht benehmen kann", der vielleicht wenig konforme Ansichten pflegt oder neue Wege beschreiten möchte, schon ab der vierten Klasse (!) verbaut werden. Und wer im Abschlusszeugnis pro Kopf nur ein "befriedigend" nach Hause trägt, sollte sich auf dem Arbeitsmarkt nicht allzu große Chancen ausrechnen. Andere Bundesländer haben damit bereits traurige Erfahrung.

Bachelor und Master

Die Bachelor- und Masterstudi-

engänge setzen diesen Trend fort: Nur etwa 30% der Bachelor-AbsolventInnen werden – finanziell oder ihrem Leistungsniveau entsprechend – die Chance bekommen, anschließend noch einen Master zu erwerben. Die übrigen kommen als eilausgebildete Ressource auf den Arbeitsmarkt und werden dort, wenn sie überhaupt Arbeit finden, bei gleicher Tätigkeit schlechter bezahlt werden. Die Berufsaussichten von Real- und Hauptschülern sinken praktisch auf den Nullpunkt. Darüber hinaus hat die Einführung von Studiengebühren allein im Wintersemester 2006/2007 die Zahl der StudienanfängerInnen um fast 20 Prozent sinken lassen. Auch auf dem Ausbildungsmarkt wird es demnach eng für Menschen ohne Abitur und Hochschulabschluss. Wenn Politik und Wirtschaft medienwirksam händeringend um junge, kreative, vernünftige (aus)gebildete Fachleute flehen, sind Bachelor-Studierende ganz sicher nicht gemeint: In sechs Semestern müssen sie ein Studium absolvieren, das ihnen keine Möglichkeiten mehr läßt, eigenen Interessen zu folgen. Das Studium ist mittlerweile so verschult, wie es sich kaum ein kaiserlich-deutscher Oberlehrer hätte ausmalen können. Die Modulhandbücher, so etwas wie die neoliberalen Studienornnungen des 21. Jahrhunderts, haben inzwischen den Umfang mittlerer Telefonbücher erreicht, und die Universitäten müssen eigens Fachpersonal einstellen, damit irgend-

Fortsetzung von Seite 1

jemand die Übersicht behält. Ein Wirrwarr aus Prüfungsordnungen, Leistungsanerkennungen, Teilnahmerechtigungen, *Creditpoints* und hundert widersinnigen, häufig widersprüchlichen Vorschriften überfordert Lehrende und Studierende gleichermaßen. Erhöht haben sich seit Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge der bürokratische Aufwand, der Konformitätsdruck auf die Studierenden, die soziale Selektion und die Verwirrung. Sonst nichts. Zum Trost wird ein Schauspiel glücklicher Marktorientierung aufgeführt, das Forschung und Lehre voneinander trennt: Die Schulen spielen weiter ihre Rolle bei der sozialen Vorauswahl. Universitäten aber sollen künftig als Markenprodukte in einer globalisierten Shopping-Mall des Geistes glänzen. Vermittlung von Wissen ist hässlich. Forschung ist *in*.

Die Exzellenz-Initiative

Ein besonders sprechendes Beispiel ist die sogenannte Exzellenz-Initiative, die im Jahr 2007 bereits in die dritte Runde ging. Seither dürfen sich sechs weitere Universitäten über eine Finanzspritze von 35 Millionen Euro freuen, gestaffelt auf fünf Jahre. Dies ist die höchste Forschungsförderung, die die Bundesrepublik zu vergeben hat - aus Steuergeldern, versteht sich. Prämiert werden große, interdisziplinäre Forschungsprojekte, geleitet von etablierten Fachleuten, die versprechen, gesellschaftsrelevante Ergebnisse zu bringen. Graduiertenschulen, in denen Doktorarbeiten geschrieben und gefördert werden, sowie eine dringliche Einladung zu internationaler Vernetzung runden das Programm ab. Auch sonst hören sich einige der Neuerungen, die die Exzellenz-Initiative - als jüngstes und liebstes Kind der DFG - bringen soll, verlockend an. So soll ein Ende gemacht werden mit dem kauzigen Hochschullehrer, der seit Jahrzehnten in immergleichen Vorlesungen sein immergleiches Garn abspuhlt. Kontakt zu Öffentlichkeit und Medien gehört zu den Voraussetzungen für eine Exzellenzförderung. Nur: Prämiert werden "exzellente" Forschungsvorhaben. Es sind gerade nicht die "Spitzenuniversitäten"

- was auch immer das heißen mag - die in ihrer Arbeit bestätigt und gefördert werden. Der schönste Antrag bekommt die Palme. Nicht existierende wissenschaftliche Großprojekte werden mit Geld überschüttet. Gleichzeitig haben es kleinere, häufig weit solidere Forschungsunternehmungen immer schwerer, an Geld zu kommen. Die Exzellenz-Initiative ist so etwas wie die Stefan-Effenberg-Autobiographie der Wissenschaften: Sie markiert den Ausbruch des neoliberalen "Vorschub-Syndroms" in der akademischen Forschungsförderung. Landauf, landab versuchen nun Universitäten, sich mit immer phantastischeren Anträgen und Skizzen für neue Exzellenzcluster gegenseitig auszustechen. Ganz freiwillig machen sie das nicht: Eine rigide Kürzungspolitik, die die Lehre an manchen Hochschulen praktisch hat zusammenbrechen lassen, hat die alte humboldtsche Festung der *Universitas* sturmreif geschossen. Nun bestätigt die Vergabe der Exzellenz-Förderung an einige wenige Auserwählte den finanziellen Kahlschlag nachträglich und lädt zu weiteren Kürzungen ein - mit willkommener Hilfe der Universitäten. Die anderen, so die beabsichtigte Aussage, hätten sich eben "mehr anstrengen müssen".

Die glücklosen Gewinner

Aber auch die Sieger im Kampf um den exzellenten Geldbeutel werden ihres Sieges meist nicht froh. Denn tatsächlich hat ein Exzellenzcluster nach dem Willen der DFG eine aus dem normalen Universitätsalltag herausgelöste Einrichtung zu sein. Den erfolgreichen Universitäten wächst im schlimmsten Fall ein Januskopf: hier die alte Universitätsverwaltung, mit eher grauen Verpflichtungen für Lehre und Forschung, dort der Clusters, mit keiner anderen Aufgabe, als sich im Lichte seiner Exzellenz zu sonnen und zu zeigen. Wer *hip* sein will, spricht da eher mit den "Cluster-Leuten" als mit den Beamten des Rektorats. Denn es versteht sich, daß in Zeiten aggressiver Durchkapitalisierung sämtlicher Lebensbereiche "gesellschaftsrelevante Ergebnisse" nichts anderes bedeutet als: Ergebnisse, die sich gut verkaufen. Die Ausrichtung der Hochschulforschung auf unmittelbare Verwertbarkeit ihrer Ergebnisse, ganz gleich, ob es sich um

Natur- oder Geisteswissenschaften handelt, wird vor allem von den Hochschulräten vorangetrieben, die die Hochschulpolitik seit einigen Jahren maßgeblich steuern. Dort sitzen aber nicht länger ausschließlich Professoren im Gremium, sondern Vertreter aus Medien und Wirtschaft. Zwar profitieren auch die Universitäten von der Vergabe einer Exzellenzförderung: Es können neue, themenbezogene Lehrstühle eingerichtet werden. Neue Materialien werden angeschafft. Die Bibliotheken wachsen. Eine Vermittlung der (erst noch zu leistenden) Spitzenforschung durch die Lehre aber ist nach den Statuten der DFG gar nicht vorgesehen. Im Gegenteil: Der Cluster *entzieht* den Studierenden ihre Professorinnen und Professoren, die sich semesterweise in die Forschung verabschieden. Manche der letztgenannten sind darüber auch gar nicht traurig... Während so manchem das "Pisa-Geheule" noch in den Ohren klingt, verringert das Konzept der Clusterforschung die Qualität der universitären Lehre weiter. Woher schließlich hervorragender wissenschaftlicher Nachwuchs kommen soll, wenn man Studierenden nicht früh genug Gelegenheit bietet, mit wissenschaftlicher Forschung - auch und gerade mit Forschung auf hohem Niveau - in Berührung zu kommen, mag bei der DFG niemand erklären. Es kann wohl auch niemand.

"Papa, kaufst Du mir ein Harvard?"

Vollends absurd wird das Spektakel, wenn man die Kriterien betrachtet, die die DFG für die Vergabe des Status einer sogenannten "Elite-Universität" festgelegt hat. Es ist in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik ohnehin etwas Neues, daß Bildungspolitiker öffentlich von "neuen Eliten" schwärmen, ohne rot zu werden. Daß ein einigermaßen freier und gleichberechtigter Zugang zur Bildung Voraussetzung für das Funktionieren eines einigermaßen freien und gleichberechtigten demokratischen Staatswesens ist, hat man augenscheinlich vergessen. Während in Frankreich ein streng auf Auslese und Elitenbildung ausgerichtetes Bildungssystem in Trümmern liegt, präsentiert die DFG unter rauschendem Applaus der Medien ihre "Elite-Universitäten". Um sich

dieses vielversprechende Etikett anstecken zu dürfen, müssen sich Universitäten an einem weiteren Ausschreibungswettbewerb beteiligen. Und diesmal geht es wirklich um viel Geld: 75 Millionen Euro. Die Logik hinter dieser Dagobert-Duck-haften Anhäufung von Geldern ist, mit Hugo von Hofmannsthal "Jedermann" zu sprechen, im Grunde immer dieselbe: "Ja, das weiß Gott/ Viel Geld macht klug". In den Augen deutscher Bildungspolitiker ist hervorragende wissenschaftliche Forschung in erster Linie eine Frage des Kapitals. Sie ist nicht das Ergebnis langer und komplizierter Entwicklungen, aber auch nicht eine Frage des internationalen Vergleichs. In Deutschland erklären immerhin deutsche Professoren deutsche Professoren zur international konkurrenzfähigen "Elite". Elite ist, wer mitspielt und sich gut vermarkten läßt. Die Kreation von sogenannten "Elite-Universitäten" ist ein Werbegag, um eine zur reinen Kapitalressource verdinglichte Forschung auf dem Markt zu platzieren. Daneben sind sowohl Exzellenzcluster als auch "Elite-Universitäten" natürlich geschickte Schachzüge von DFG und Wissenschaftsrat, um ihre Macht zu mehren und die Kontrolle über die Universitäten auszuweiten. Wer keine Graduiertenschule, Sonderforschungsbereiche oder Exzellenzcluster - allesamt Forschungsförderformate, die von der DFG vergeben werden - vorzuweisen hat, kann sich bei der Bewerbung um den Status einer "Elite-Universität" von vorne herein viel Zeit und Mühen sparen. Auch (wiederum von der DFG vergebene) Leibniz-Preise für besondere Forschungsleistungen erhöhen die Chancen einer Universität gewaltig, an die frisch gefüllten Fleischtopfe zu gelangen. An Deutschlands Universitäten regiert das Mätthaus-Prinzip: "Wer hat, dem wird gegeben; wer nicht hat, dem wird noch das wenige genommen". Es entstehen akademische Seilschaften, die vor allem kleinere Wissenschaftstandorte ins (nicht nur finanzielle) Abseits drängen. Die DFG, tief verstrickt in die Machenschaften der Politik und kaum demokratischer Kontrolle unterworfen, wird dabei gegenwärtig zur wichtigsten Abwicklungshelferin des alten Traumes von gesellschaftlicher Bildung. Die neoliberale Offensive

Die gekaufte Universität

Zum wachsenden Einfluss der Privatwirtschaft auf das Bildungssystem

Hätte jemand Freude, einen Dokortitel in VW zu erwerben? Nein, das soeben Gelesene enthält keinen Druckfehler: Gemeint ist nicht im VW. Gemeint ist aber auch nicht "Volkswirtschaft". Es geht wirklich und wahrhaftig um einen Abschluss in VW, der Automarke aus Wolfsburg: Dr. med., Dr. phil., Dr. golf. Der höchste europäische Bildungsabschluss, einmal ganz in Blech. Jemand Interesse?

Zugegeben: In Deutschland kann man solch ein apartes Examen bisher noch nicht machen. Etwas Flexibilität ist gefordert. Es geht nach Spanien, genauer gesagt nach Pamplona, an die Universität von Navarra. Dort nämlich gibt es seit 1998 eine "Cátedra de Calidad Volkswagen Navarra" [Lehrstuhl Qualität Volkswagen Navarra]. Selbstbewußt heißt es in der Selbstdarstellung, die für Interessierte auch in einer allerliebsten deutschen Übersetzung zur Verfügung steht: "Das Schaffen des Lehrstuhles 'Qualität Volkswagen Navarra' entspringt der beiderseitigen Überzeugung der Universität von Navarra und Volkswagen Navarra die es fuer notwendig halten eine enge Zusammenarbeit zwischen Akademie und Wirtschaft zu knüpfen. [...] Die Notwendigkeit der Qualitätsfrage zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und Organisationen hat den Anstoss zu dieser Initiative, die Verbreitung der Qualitätsphilosophie gegeben". Worin genau ein VW-Studium in Pamplona oder das Geheimnis der "Qualitätsphilosophie" bestehen, verrät die Seite nicht. Von "Kompetenzen" ist die Rede, von "Kommunikation", "Flexibilität", "Vielseitigkeit", und natürlich: von "Erfolg". Lächelnd blicken die Gesichter bereits examinierter beziehungsweise promovierter Jahrgänge aus bunten Gruppenfotos dem Betrachter entgegen. Den Kopf der Seite ziert das Bild

des neuesten Modells eines VW Golfs. In Blau metallic.

Die Zukunft hat schon begonnen!

Man hätte eine solche Seite für eine humorige Fälschung gehalten, für einen gelungenen Fake, wenn nicht der Einmarsch – man ist versucht zu sagen: Einbruch – der Privatwirtschaft in den tertiären Bildungssektor, also die Erwachsenenbildung, Universitäten und Fachhochschulen, längst überall zu beobachten wäre. Die Europäische Union treibt, nur teilweise genötigt durch das GATS-Abkommen [General Agreement on Trade in Services, Abkommen der Welthandelsorganisation (WTO) über die Privatisierung von Dienstleistungen], die Öffnung ihrer Bildungssysteme für private Investoren mit Macht voran. Die neoliberale Ausrichtung des Lehr- und Forschungsbetriebs auf ausschließliche Verwertbarkeit seiner "Erträge" als Waren auf dem Markt – sei es in Form von Patenten, Wirtschaftskooperationen oder als künftiges "Humankapital" – verändert die Lehrinhalte der Universitäten in rasantem Tempo. Dass Hochschulen mittlerweile zu Liffssäulen für Großkonzerne herabgesunken sind, hätte man allenfalls noch hingenommen. Ob die Universität Bremen nun Universität Bremen heißt oder *Jacobs University Bremen*, der Unterschied liegt allenfalls in der Versuchung, ihrem neuen Namen ein "Die mit dem Verwöhnaroma" hin-

zuzufügen. Auch, dass Konzerne eigene Bildungs- und Forschungseinrichtungen betreiben, hätte wohl niemanden ernsthaft aufgeregt. Dergleichen hat Tradition. Die ansonsten chronisch mürrische *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) verfiel 2004 in ungeahnte Heiterkeit, als sie die Vorträge zur feierlichen Eröffnung der *Hertie School of Governance* [sic!] kommentierte. Im südfranzösischen Toulouse eröffneten AXA und der Ölgigant TotalFinaElf jüngst eine *Toulouse School of Economics*. In London, dem Sitz der berühmten *London School of Economics*, war man, dem Hörensagen nach, *not amused*.

Public-Private-Partnership im Hörsaal

Tatsächlich aber sind es heutzutage, selbst bei derartigen "Konkurrenzgründungen", kaum je die Konzerne, die die gesamten Kosten für Bauten, Ausstattung und Gehälter ihrer Lehr- und Forschungsanstalten tragen. Immer trägt der Fiskus sein gerüttel Schärflin bei. Umgekehrt wird die Privatwirtschaft immer dringlicher eingeladen, dort geldbeutelklimmernd einzuspringen, wo der Staat nicht länger allein für Bildung zahlen mag. Dafür winken – kapitalistischer Widersinn – großzügig ausgeschüttete Fördergelder und sonstige Vergünstigungen, natürlich wiederum aus dem Staatsäckel. "Gerade in Zeiten, in denen die Wachstums- und Ver-

wertungsfelder des Kapitals immer geringer werden", schreibt Susanne Huss in einer wohlthuend kritischen Untersuchung der Bildungspolitik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, "wird es für private Unternehmen immer interessanter, staatliche Subventionen zu lukrieren". Von solchen *Public-Private-Partnerships* [öffentlich-Private Partnerschaften] profitieren in erster Linie die Konzerne. Denn selbstverständlich will ein privater Investor das von ihm investierte Kapital – sei es nun ökonomisch, kulturell oder "human" – so rasch wie möglich wieder gewinnbringend einfahren. Man mag sich noch so sehr über das jämmerliche Niveau der "Wirtschaftsuniversitäten" lustig machen – die Übergänge sind längst fließend geworden. Es gibt kaum mehr einen pharmakologischen Fachbereich an deutschen Universitäten, der nicht, mittelbar oder unmittelbar, der pharmazeutischen Industrie zuarbeitet. Manche Hochschulen mögen gar nicht mehr abwarten, bis sich Nestlé, McDonalds oder MBB in ihre Vorlesungen und Seminare einkaufen. Sie machen es ihnen schon vorher gemächlich, getreu dem neoliberalen Credo, dass allein der Markt die Menschen selig macht. Eine Fachhochschule in München ließ beispielsweise einen kompletten Hörsaal in den Farben und mit Logos der Supermarktkette *Aldi* ausgestalten. Der zuständige Minister war von diesem Vorstoß – nach Medienberichten – begeistert. Auch das wissenschaftliche Programm mancher Universität sieht mittlerweile wunderbarlich aus. So richtete die Univer-

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 2

hat im Bildungsbereich die gleichen Folgen wie in allen anderen Bereichen der Gesellschaft auch: Eine fortschreitende Entdemokratisierung und Entsolidarisierung, eine Verschärfung der Klassen-

gegensätze bis hin zum offenen Kapitalfeudalismus – "Nur wer Geld hat, darf sich bilden!" –, und einen geistigen Substanzverlust, der kritisches Nachdenken schon fast wie etwas Vorzeitliches er-

scheinen läßt. Die katastrophalen Folgen dieser Entwicklung werden in wenigen Jahren deutlicher denn je zu bewundern sein.

Joseph Steinbeiß Artikel aus: *Graswurzelrevolution* Nr. 329, Mai 2008, *Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft*, 37. Jahrgang, www.graswurzel.net

Leiste Du! Ich kann's mir leisten ...

Die Lüge von der Leistungsförderung im deutschen Bildungssystem

Der spanische Philosoph José Antonio Marina hat in seiner Streitschrift "Lob der Intelligenz oder Die Überwindung der Dummheit" den Begriff der "sozialen Intelligenz" geprägt. Gemeint ist damit nicht die Fähigkeit, sich im Umgang mit anderen Menschen so zu benehmen, dass größere Katastrophen ausbleiben – also eine gute Kinderstube: "Unter sozialer, gemeinsamer oder gesellschaftlicher Intelligenz [...] verstehe ich nicht die Intelligenz, die sich mit sozialen Beziehungen befaßt, sondern jene, die aus ihnen hervorgeht. Es handelt sich dabei, so könnte man sagen, um eine Gesprächs-Intelligenz". Der vielfältige, freie und ungestörte Austausch zwischen intelligenten Menschen lasse "soziale Intelligenz" entstehen. Diese wiederum hält Marina für unverzichtbar bei der Suche nach Lösungen für die Probleme, denen sich die Menschheit stellen müsse.

Marina gehört vielleicht nicht zu den originellsten, und zweifellos nicht zu den bekanntesten Vertretern seiner Zunft. Sein zutiefst anti-elitäres Verständnis von Intelligenz aber ist ansprechend, und die Klarheit seines Urteils tut wohl. Etwa, wenn er verrät, welche Gesellschaften er für "intelligent" hält

und welche nicht: "Intelligent sind gerechte Gesellschaften. Und dumm die ungerechten". Punkt. Der Mythos von "Bildungsgerechtigkeit" und "Leistungseile" Wenn man "soziale Intelligenz" als das Ergebnis des "Gesprächs" einer möglichst großen Zahl intelligenter Menschen miteinander begreift,

dann sorgt das deutsche Bildungssystem erfolgreich für Ruhe. Manchmal sogar für Grabesstille. Gegenwärtig gibt es ein bemerkenswertes Schauspiel zu bestaunen: Den Abbaum der bürgerlichen Leistungsgesellschaft unter dauernder, lärmender Anrufung ihres obersten Heiligen - der Leistung.

Keine der einschneidenden Maßnahmen im Bildungssektor während der letzten 10 Jahre, vom Bologna-Prozess über die sogenannte Exzellenz-Förderung bis hin zur Vergabe von Elite-Zertifikaten an Universitäten, wäre ohne die Rechtfertigung ausgekommen, auf diese Weise werde die "Leistung" gesteigert und Deutschland "international konkurrenzfähig" gemacht. Nun ist gegen Leistungsförderung ja im Prinzip nichts einzuwenden. Es ist zum Beispiel vernünftig, wichtige gesellschaftliche Positionen mit Leuten zu besetzen, die dafür besondere Fähigkeiten mitbringen. Nur müsste ein demokratisches Bildungssystem, das die "soziale Intelligenz" mehren wollte, allen Interessierten die Möglichkeit bieten, zu zeigen, was sie können. "Dummheit", schreibt der französische Soziologe Pierre

Fortsetzung von Seite 3

sität Münster in diesem Jahr trotz galoppierender Stellenstreichungen innerhalb nur weniger Monate gleich zwei neue Professuren ein (eine davon als Juniorprofessur): für Marketingforschung. Aufgabe der neuen Fachleute, so erläuterte die Homepage der Uni gut gelaunt, werde es sein, herauszubringen, warum Menschen ipods und Flachbildschirmfernseher kaufen. Über den wissenschaftlichen Wert von solcherlei "Forschungen" für die Allgemeinheit darf man gewiss geteilter Meinung sein. Ihr Marktwert dagegen erschließt sich sofort. Nur sollte die Frage gestattet sein: Warum muss eine staatliche Hochschule eine Arbeit verrichten, für die die Firma Siemens einen ganzen Mitarbeiterstamm beschäftigt? Möchte die Universität Münster in Zukunft selber Flachbildschirme verkaufen? Flach ist, was sie über ihr Marketingforschungsinstitut anbietet, ja unbestreitbar schon heute. Der französische Denker und Mathematiker Pascal hätte seine Freude gehabt: Unfähig, ihre Wissenschaft zu vermarkten, erklären die Menschen das, was sie vermarkten können, kurzerhand zur

Wissenschaft. Es wird wohl nicht mehr lange dauern, und Lehrstühle für Profildicke an Autoreifen von Firestone oder Stabilisierung von synthetischer Schlagsahne werden den verstaubten Wissenskanon der Universitäten bereichern. Wie gesagt: Einen Promotionsstudiengang in VW gibt es schon.

Die Ware "Gedanke"

"Diese Entwicklung hat natürlich eine Kehrseite: Jene Fachbereiche, die naturgemäß Schwierigkeiten haben, ihre Arbeit zu griffigen Konserven für den Markt zu pressen, geraten unter zunehmenden Druck. In der internen Finanzierung der Universitäten fließt das Geld großzügig den "zukunfts-trächtigen Institutionen" - wie etwa der Marketingforschung - zu. Traditionelle Fachbereiche, wie etwa die Philologien, die in erster Linie auf die Lehre ausgerichtet sind, müssen mit immer weniger Personal auskommen und verkommen bei steigenden Studierendenzahlen mehr und mehr zu Bildungsruinen. Es verwundert nicht, dass bereits heute laut darüber nachgedacht wird, die Lehrerausbildung aus der

Universität auszusondern: Welcher Konzern mag schon investieren in eine Horde Pauker? Die zunehmende Verschulung des Studiums ist dabei nur eine Folge der Neudefinition von Bildung als Ware: Kinder aus reichen Elternhäusern legen sich an der Hochschule eine schicke Bildung zu. Wenn die nix taugt, geht es flugs zum Reklamationschalter. Bildung bedeutet nach dem Willen der europäischen Kommission heute fast nur noch Ausbildung. Dass Bildung vor allem das Ergebnis eigener, kreativer An eignungsleistung ist; dass es nicht Aufgabe kritischer geisteswissenschaftlicher Forschung sein kann, mit den Wölfen zu heulen und sich - und die Studierenden - unter abenteuerlichsten Verrenkungen "marktförmig" zu machen, mutet unter diesen Umständen schon fast wie ein Märchen aus Großmutterns Zeiten an. Gewiss: Kein Wirtschaftsunternehmen, das etwas auf sich hält, stellt ausschließlich ahnungslose, denkunwillige und demütige Kopfnicker ein. Eine vollständige Verarmung des Bildungsangebots kann im Interesse der Wirtschaft nicht liegen. Die

"kreativen Ideen" aber, nach denen so medienwirksam geschrien wird, beziehen sich wohl nicht auf die naheliegende Idee, die neoliberale Zurichtung der Gesellschaft als Ganzes für gemeingefährlich zu erklären; oder einmal zu fragen, ob es tatsächlich Sinn allen menschlichen Lebens auf diesem Planeten sei, als Geldwert dahinzuvegetieren, bis alle zusammen im Ozean geschmolzener Polarkappen baden gehen? Es verwundert, wie selten in einer Zeit aggressiver Durchkapitalisierung sämtlicher Lebensbereiche die konkreten sozialen Kosten beziffert werden, die auf die Gesellschaft zukommen, wenn die Entwicklung – keineswegs nur im Bildungssektor – so weitergeht wie bisher. Der intellektuelle Kahlschlag jedenfalls wird sich an den Universitäten fortsetzen. Denn, mal ehrlich: Wieviel Intelligenz braucht es schon, um sich selbst – siehe Paris Hilton – erfolgreich zu vermarkten? Da genügt im Zweifelsfall ein Doktorhut von Skoda oder Lada.

Joseph Steinbeiß Artikel aus: *Graswurzelrevolution Nr. 332, Oktober 2008, 37. Jahrgang*

Bourdieu, "ist eine soziale Vernachlässigung". Strukturelle Barrieren, die etwa Kindern aus sozial schwachen (sogenannten "bildungsfernen") Familien den Zugang zu höherer Schulbildung oder zur Universität versperren, müssten abgebaut werden. Möglichkeiten wären zu schaffen, in eigenverantwortlicher Arbeit den Rückstand aufzuholen auf Klassenkameraden, die umgeben von Büchern aufgewachsen sind - und sie sich vor allem selber kaufen können! Um ein Bild zu verwenden, das gewiss so manchem neoliberalen "Bildungsreformer" das Wasser in die Augen treibt: Nur, wenn alle von der gleichen Linie starten, kann man sehen, wer der Schnellste ist. Leistungsvergleich erfordert Chancengleichheit. Hinzu kommt ein weiteres Problem: Als Leistung gilt im durchkapitalisierten Bildungsbetrieb nurnoch, was man abfragen (oder verkaufen) kann. Kriterien dafür, was im Leben eines Menschen als "Leistung" zu gelten habe und was nicht, werden von anderen festgelegt - und meist auf Heller und Pfennig umgerechnet. Das macht die Orientierung im Wirrwarr der Wege, Pfade und Sackgassen, egal, ob beim Lesen einer Studienordnung oder im wirklichen Leben, sicherlich leichter. Auf der Strecke aber bleibt das Eigenständige; der kreative, unangepasste Gedanke; der individuelle Beitrag zur "sozialen Intelligenz". Definitionsmacht über Leistungsinhalte ermöglicht nicht nur, einen Strauß von Werten aggressiv in einer Gesellschaft zu verankern. Sie sorgt auch dafür, dass diejenigen, die über sie verfügen, für sich und ihresgleichen Vorteile schaffen können. Vorteile, die nicht sofort ins Auge fallen. In einer nach Klassen und Schichten geschiedenen Gesellschaft ist das gewiss nichts Neues. Neu und verräterisch ist nur das Gelärme, dass neuerdings um die "Leistung" gemacht wird. Es lohnt sich also, genauer hinzuschauen. Denn von nichts ist das deutsche Bildungssystem - und nicht nur dieses! - heute weiter entfernt als von einem fairen Leistungsvergleich. Die tiefgreifenden Veränderungen der letzten Jahre haben, vor allem im tertiären Sektor [Erwachsenenbildung und Berufsqualifikation], dazu geführt, dass eine ständig wachsende Zahl von Menschen niemals die Chance

bekommen wird, ihre Fähigkeiten zu zeigen oder gesellschaftlich aufzusteigen. Die neoliberalen Reformen zielen auf Ausschluss, nicht auf Einschluss. Leistungsförderung: Die Lebenslüge einer kapitalisierten Bildungspolitik. Darwin drückt wieder die Schulbank Denn in Wirklichkeit hat das ständige Gerede von "verschärftem Leistungsdruck" und "Konkurrenz" nur bewirkt, dass sich die gesellschaftlich Privilegierten, die "Habenden und Herrschenden" (Wolf-Dieter Narr), noch tiefer in ihre Wagenburgen zurückgezogen haben. Jene sozialen Filter, die den eigenen Nachwuchs bislang vor missliebiger Konkurrenz in Schule und Universität schützten und ihm eine goldene Zukunft sichern sollten, sind mit der angeblich befreiten "Leistungskonkurrenz" nicht etwa abgebaut worden. Sie arbeiten sogar noch besser und gründlicher. Gleichzeitig hat sich eine bemerkenswerte Verschiebung in der öffentlichen Wahrnehmung vollzogen. Auf ungerechte Strukturen hinzuweisen, die einer Vielzahl von Menschen den Weg zum (ökonomischen oder gesellschaftlichen) Erfolg verbauen, hat schon fast etwas Subversives. Statt dessen hat eine krude Form des Sozialdarwinismus Einzug gehalten. Persönlicher Misserfolg erscheint als eine Art "Geburtsfehler", nicht einmal mehr als Folge falscher Entscheidungen oder fehlenden Engagements. Als der (damals noch) SPD-Vorsitzende und Kanzlerkandidat Kurt Beck öffentlich verkündete, die meisten Mitglieder sozial schwacher Familien wollten an ihrer Lage gar nichts ändern, erntete er Widerspruch nur im Kabarett. Der Darmstädter Soziologe Michael Hartmann andererseits hat nachgewiesen, dass die tatsächlichen gesellschaftlichen Eliten - Wirtschafts- bosse, hohe Juristen, Politiker, Universitätsprofessoren - im Grunde relativ "leistungsresistent" sind. Sie rekrutieren ihren Nachwuchs in erster Linie aus den eigenen Reihen. Letztlich geht es also darum, öffentlich zu legitimieren, warum immer weniger Menschen immer mehr besitzen, und warum immer mehr Menschen immer weniger. Denn zur "Elite", das wissen sogar deutsche Bildungspolitiker, dürfen nie viele gehören! Wenn nun die Konstruktion einer "neuen Leistungselite" - und darum geht es

schließlich bei den Reformen im Bildungssektor - mit ein wenig Sozialdarwinismus gewürzt daherkommt, ist das für die Wohlhabenden und Etablierten tröstlich: Strukturen, die ihre Privilegien schützen, gelten nicht länger als ungerecht oder dem Leistungsprinzip entgegengesetzt, sondern schlicht und einfach als "natürlich": Die anderen hätten es ja ohnehin nicht geschafft... Soziale Filter: Herkunft, Klüngel und das liebe Geld Die strukturelle Benachteiligung von Kindern aus "bildungsfernen" Elternhäusern beginnt bereits auf der Straße - dort, wo man ihnen die Möglichkeit nimmt, überhaupt einmal auf Entdeckungsreise zu gehen in die Welt der Bücher. Von Stadt zu Stadt hat eine rigide Sparpolitik die Stadtteilbibliotheken schwinden lassen. Dort, wo sie der Schließung entgegen konnten, lag dies meist an massivem Widerstand der Bevölkerung, die die Bibliotheken teilweise in Eigenregie weiter betrieb. Trotz allen Geredes über E-Learning und Informationsgesellschaft sollte niemand das Internet für einen gleichwertigen Ersatz halten: Gerade in problematischen Stadtteilen waren die Stadtteilbibliotheken oft unersetzliche kulturelle Treffpunkte, und boten die Möglichkeit, sich notfalls heimlich mit Dingen zu beschäftigen, die der Vater zuhause für Zeitverschwendung hielt. Dass mittlerweile selbst konservative europäische Bildungspolitikerinnen - und Politiker das dreigliedrige Schulsystem in Deutschland als "zu selektiv" kritisieren, sei hier nur am Rande erwähnt. Fest steht, dass auch an der Schule oft die Herkunft die Bewertung der Leistung entscheidet. "Inzwischen", schreibt Anett Mängel in den Blättern für deutsche und internationale Politik (2/2008), "haben diverse Studien nachgewiesen, dass bei gleicher intellektueller Leistung die Chance für ein Kind aus bildungsfernem Elternhaus, eine Gymnasialempfehlung zu erhalten, wesentlich geringer ausfällt als für ein Kind aus der bildungsnahen Mittelschicht". Aber selbst, wenn wir einmal annehmen, diese Empfehlung sei ausgesprochen: Am Eingang der Universitäten wartet der letzte, vielleicht gründlichste Filter. Geld. Studienkosten und Studiengebühren sind für ärmere Familien eine oft nicht tragbare finanzielle

Belastung - und immerhin werden nach einer aktuellen Erhebung des Deutschen Studentenwerks noch immer 89% der Studierenden von ihren Eltern unterstützt. Ein Stipendien-system, das (zumindest bis vor kurzem noch) in Ländern wie Großbritannien oder den USA den Zugang von Kindern aus ärmeren Schichten zur Hochschule leidlich sicherstellte, existiert in Deutschland nicht. Statt dessen werben Fiskus und windige Geschäftsleute mit sogenannten "Studienkrediten". Viele von ihnen wurden bereits als Gaunereien entlarvt. Aber selbst "nicht-kriminelle" Angebote sind haarsträubend. Ein Beispiel: Wer über sieben Jahre - also für die Dauer eines Bachelor- und Masterstudiums - einen Studienkredit mit der (seit 1986 staatlich gestützten) Höchtförderung von monatlich 690 Euro aufnimmt, säße nach Abschluss seines Studiums auf einem Schuldenberg von sage und schreibe 121.706 Euro (!) - immer gesetzt den Fall, der Zinssatz bliebe bei 5,95%. Bei einem Durchschnittsfördersatz von 490 Euro blieben immerhin noch 91.856 Euro abzuzahlen. Angesichts der erbärmlichen Aussichten für Akademiker auf dem Arbeitsmarkt sind das wahrlich keine reizvollen Aussichten. Private Anbieter locken mit noch dubioseren "Schnäppchen", so dass mittlerweile schon Warnungen seitens der Universitäten ergehen, sich keine unseriösen Studienkredite aufschwätzen zu lassen. Wer seine Studiengebühren sofort bezahlen kann, studiert also sehr viel billiger als jemand, der auf Studienkredite oder ähnliche Zuwendungen angewiesen ist. Die "Gnade der reichen Geburt", hier wird sie wirklich greifbar. Die soziale Zusammensetzung der Studierendenschaft spricht, wie die erwähnte Studie des Deutschen Studentenwerks zeigt, eine deutliche Sprache: Von Kindern aus einkommensstarken Familien schaffen es vier Fünftel an eine Hochschule. Bei Kindern aus einkommensschwachen Familien ist es lediglich ein Zehntel. Tendenz fallend. Eine stroh-dumme Gesellschaft Man könnte den Bogen noch weiter spannen, über eine wissenschaftliche Nachwuchsförderung, die diesen Namen kaum verdient, bis hin zu Berufungsverfahren für Profes-

Standort-Forschung

Die Uni-Kooperation der BAYER AG

Im Frühjahr vereinbarte der Leverkusener BAYER-Konzern mit der Kölner Hochschule eine Kooperation auf dem Gebiet der Pharma-Forschung. Auch andere Universitäten und Forschungseinrichtungen zeigen sich offen für eine Zusammenarbeit mit dem Leverkusener Multi. Von der Politik massiv gefördert, hat der Konzern bereits über 800 solcher Allianzen geschmiedet. „Standort-Forschung“ heißt die Devise, und das Produkt ist das Ziel.

Der Informationsaustausch auf höchstem wissenschaftlichen Niveau und der breite Zugang zu Wissen ist gerade für ein Unternehmen wie BAYER - mit dem größten Forschungsbudget unserer Branche in Deutschland - eine entscheidende Voraussetzung für Innovationen“, konstatiert der im Konzern-Vorstand für Forschung zuständige Wolfgang Plischke. Einen neuen großen Zugang zu Wissen verschaffte sich der Leverkusener Multi im Frühjahr 2008. Er vereinbarte mit der Kölner Hochschule eine Zusammenarbeit. „Sie ist die weitreichendste, die eine nordrhein-westfälische Universitätsklinik bislang eingegangen ist“, begeisterte sich Innovationsminister Andreas Pinkwart auf einer Pressekonferenz. Die Allianz, der bereits ein gemeinsames pharmakologisches Wirken an 30 Therapeutika vorausging, umfasst Arzneistoff-Forschungen zu Krebs, Herz/Kreislauf-Erkrankungen und Störungen des Zentralen Nervensystems. Wenn die TeamworkerInnen dann aussichtsreiche Wirkstoff-Kandidaten entdeckt haben, so können sie diese gleich um die Ecke testen - im nagelneuen „Zentrum für Klinische Studien“ der Universität. Und damit das Projekt auch den passenden Nachwuchs

bekommt, hat der Pillen-Riese ein Graduierten-Kolleg für DoktorandInnen initiiert. „Die Uni-Klinik hat die Grundlagen-Forschung und die Nähe zum Patienten. Wir haben Methoden, um aus einer Idee oder einem Erfolg versprechenden Ansatz die Herstellung eines Arzneimittels zu beschleunigen“, so beschreibt Wolfgang Plischke die Synergie-Effekte. BAYER bringt in die neue Beziehung jährlich „einen soliden sechsstelligen Betrag“ ein - eine lohnende Investition, erwartet der Multi von der „bevorzugten Partnerschaft“ doch „deutliche Vorteile bei der Positionierung im internationalen Wettbewerb“.

800 Kooperationen

800 Kooperationen dieser Art unterhält der Global Player mit Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen im In- und Ausland. Sie reichen von Forschungen zu Alzheimer und zur Kombinatorischen Chemie über die Beteiligung an Protein-, Katalyse- und Werkstoff-Exzellenzclustern bis hin zu wissenschaftlichen Kooperationen in den Bereichen „Unternehmensstrategien und Personalmanagement“, „Photovoltaik“ und „Veterinärmedizinische Dermatopharmakologie“. Die Bundesregierung

fördert dieses Teamwork massiv. So hat das „Bundesministerium für Bildung und Forschung“ (BMBF) eine „Forschungsunion Wirtschaft-Wissenschaft“ ins Leben gerufen. Sie zählt unter anderem die ehemalige BAYER-Forscherin Helga-Rübsamen-Waigmann zu ihren Mitgliedern, an deren Unternehmen AICURIS der Leverkusener Multi einen Geschäftsanteil von zehn Prozent hält. Die Bewilligung von Fördergeldern macht das BMBF sogar von der Bildung von Netzwerken zwischen Unternehmen und Universitäten abhängig. Den „Wissenstransfer“ von den Hochschulen zur Industrie zu fördern, gilt ihm als wichtiges Instrument der Standort-Politik. Auf 17 „Zukunftsfeldern“ will das BMBF diesen im Rahmen ihrer Hightech-Strategie beschleunigen, „um unser Land an die Weltspitze der wichtigsten Zukunftsmärkte zu führen“. Die „Pharma-Initiative für Deutschland“ hat sich beispielsweise vorgenommen, die Bundesrepublik wieder zur „größten Apotheke der Welt“ machen. Dafür unterstützt sie Projekte „zur Kommerzialisierung wissenschaftlicher Ideen“ und veranstaltet den „Biopharma“-Strategie-Wettbewerb. Dieser „ruft unternehmerisch geführte Konsortien auf, sich mit

den besten langfristigen Konzepten für eine effiziente Gestaltung der biopharmazeutischen Wertschöpfungskette zu bewerben“. BAYER hat den Ruf sogleich erhöht und flugs mit der Berliner Charité, der Universität Köln und den Firmen Magforce Nanotechnologies und Kinaxo Biotechnologies ein solches Konsortium gebildet. Mit dem Vorhaben, Therapie-Verfahren zur Tumorbehandlung zu entwickeln, hat es auch gute Chancen, zu den fünf Biopharmern zu gehören, die sich die ausgelobten 100 Millionen Euro teilen dürfen: Die Runde der letzten Zehn hat das Netzwerk bereits erreicht. Mit ähnlichen Verbänden zur Katalyse, Genomforschung, zur molekularen Bildgebung, zur Kohlendioxid-Reduktion in der Chemie-Produktion, zum Medikamententransport in der Leber, zu Nierenerkrankungen, zur Individualisierung von Arzneimittel-Therapien, zur Gefährlichkeit der Nanotechnik und zur Verfahrenstechnik konnte der Leverkusener Multi in der Vergangenheit bereits BMBF-Gelder einstreichen.

Netzwerker BAYER

Daneben hat der Pillen-Riese noch zahlreiche andere Möglichkeiten gefunden, WissenschaftlerInnen und Wissenschaftseinrichtungen an sich zu binden und auf diese Weise seinen Wissensdurst zu stillen. So vergibt er Forschungspreise, lobt Stipendien aus, stiftet Lehrstühle und stellt eigenes Personal als Honorar-Professoren ab. Im Herbst 2007 hat der Konzern ein DozentInnen-Treffen veranstaltet, das laut

Fortsetzung von Seite 5

soren. Das Bild wäre immer dasselbe. Wer öffentlich über die Notwendigkeit philosophiert, angesichts der Konkurrenz eines weltweiten „Bildungsmarktes“ den „verschärften Leistungswettbewerb“ zu fördern, meint augenscheinlich nie, auch er und seine Sippschaft könnten an der wilden Hatz nach „Leistung“ teilnehmen - zumindest nicht ohne gehörigen

Vorsprung. Neoliberale Bildungspolitik bedeutet die massive Verschärfung des Privilegienschutzes der Habenden und Herrschenden und ihrer Kinder - nicht mehr und nicht weniger. In Wahrheit wird eine Zwei-Klassen-Gesellschaft zementiert, und die Türe zu den Fleischtöpfen der Gesellschaft dürfte bald nur noch für eine neo-feudalen Geld-Elite passierbar sein.

Mit lügenhaften Versprechungen wird gleichzeitig eine Leistungshetze vorangepeitscht, die selbst für diejenigen, die an ihr teilnehmen „dürfen“, meist nur auf die Arbeitsämter führt. Der Rest der Bevölkerung, kein bißchen weniger klug, kreativ und leistungsfähig, darf zuschauen. Nach den Kategorien von José Antonio Marina müsste man Deutschland ange-

sichts solch himmelschreiender und stetig zunehmender Ungerechtigkeit also wohl den dummen Gesellschaften zurechnen. Den strohdummen Gesellschaften.

*Joseph Steinbeiß Artikel aus:
Graswurzelrevolution Nr. 333,
Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft, 37. Jahrgang, November 2008*

Wolfgang Plischke dazu diene, ein lebendiges Netzwerk mit jungen Habilitanden und Professoren aufzubauen. „Eine langfristige Zusammenarbeit dieser besten Köpfe innerhalb- und außerhalb unseres Unternehmens wird für beide Seiten von großem Nutzen sein“, prophezeite BAYERs Forschungschef. Als Gastredner bei dem Treffen konnte er den Vizepräsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), Dr. Ferdi Schüth, verpflichten, denn zu dieser Institution hat der Global Player von jeher die besten Beziehungen. So sitzt der frühere DFG-Präsident Ernst-Ludwig Winnacker, der mittlerweile als Generalsekretär des Europäischen Forschungsrats über einen Förderetat von einer Milliarde Euro gebietet, im Aufsichtsrat des Unternehmens. Aber der Chemie-Multi hat auch direkten Einfluss auf die Forschungspolitik im Lande: Der BAYER-Chef Werner Wenning gehört Angela Merkels „Rat für Innovation und Wachstum“ an. Und für die Umsetzung des dort Erarbeiteten vor Ort kann der Agro-Riese auch selbst sorgen, denn er hat in so manchen Hochschulgremien ein Wörtchen mitzureden.

Hochschulrat BAYER

Um aus den hehren Bildungstempeln Umschlagplätze für Wissen zu machen, welches profanes Profitstreben dann zu Produkten weiterverarbeitet, mussten die Parteien die Hochschulpolitik einer grundsätzlichen Revision unterziehen. „Genau solche Vorhaben erhoffen wir uns vom Hochschulmedizingesetz, das Anfang des Jahres in Kraft getreten ist“, lobte NRW-Minister Andreas Pinkwart die unheilige Allianz zwischen BAYER und der Universität Köln. „Das neue Gesetz gibt den nordrhein-westfälischen Universitätskliniken mehr Autonomie und mehr Gestaltungsspielräume und verbessert auch die Bedingungen für Kooperationen mit privaten Unternehmen“. Entstanden ist das Hochschulmedizingesetz mit freundlicher Unterstützung der Unternehmensberatung Roland Berger. Für den großen Bruder dieses Paragrafenwerkes, das Hochschulfreiheitsgesetz, hat wiederum das Bertelsmann-eigene „Centrum für Hochschulentwicklung“ nicht nur den Namen, sondern auch viele

Inhalte geliefert. Von welcher Beschaffenheit die Freiheit ist, die sie meinen, hat der Kölner Politikwissenschaftler Christoph Butterwege analysiert. „Die Freiheit, von der da die Rede ist, bedeutet in Wirklichkeit Marktabhängigkeit. Statt ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden, müssen sich die Hochschulen demnächst um die wirtschaftliche Verwertbarkeit ihres Wissens kümmern. Freiheit in Forschung und Lehre heißt ja gerade auch frei zu sein von den Zwängen eines marktorientierten Wirtschaftsunternehmens. Aber genau dazu werden die Hochschulen dann gemacht“, so Butterwege. Und das besorgt vor allem der Hochschulrat, weshalb neben Bertelsmann auch die Unternehmensvereinigung „Stifterverband für die deutsche Wissenschaft“, in dessen Kuratorium BAYERs Aufsichtsratschef Manfred Schneider sitzt, leidenschaftlich für ein solches Gremium stritt. An dieses Organ tritt der Staat seine Aufsichtspflichten ab. Nicht mehr der Minister, der Hochschulrat ist nunmehr oberster Dienstherr der Bildungseinrichtung. Er bestimmt über die strategische Ausrichtung der Universität, beaufsichtigt die Geschäftsführung, muss die Zustimmung zum Hochschulentwicklungsplan, zum Wirtschaftsplan und zur „unternehmerischen Hochschultätigkeit“ geben und wählt den Rektor. Mindestens die Hälfte seiner Mitglieder müssen Externe aus den Bereichen Wissenschaft, Kultur oder Wirtschaft sein. Sie sollten „auf Grund ihrer hervorragenden Kenntnisse und Erfahrungen einen Beitrag zur Erreichung der Ziele und Aufgaben der Hochschule leisten können“, so will es das Gesetz. KünstlerInnen oder SchriftstellerInnen haben es bislang aber kaum zu Hochschulräten gebracht, dafür tummeln sich unter ihnen auffällig viele Wirtschaftsvertreter. Der Leverkusener Multi darf da natürlich nicht fehlen. BAYER-Vorstand Richard Pott sitzt im Hochschulrat der Universität Köln. Während beispielsweise die RWTH Aachen Wert darauf legt, keine/n VertreterIn von Unternehmen, die in Kooperation mit der Hochschule auf dem Campus forschen, mit einem Hochschulratsmandat zu betrauen, kann Pott in Köln nach Herzenslust selber die neue Medikamentenschmiede des Konzerns beaufsichtigen. Un-

terstützung erfährt er dabei von Dr. Andreas Radbruch, der 1988 bis 89 eine von BAYER bezahlte Dozentur am universitätseigenen Institut für Genetik wahrnahm und jetzt eine Professur an der Berliner Charité innehat. Potts Kollegin Ilka von Braun bestimmt derweil die Geschicke der in Saarbrücken ansässigen „Deutsch-Französischen Hochschule“ mit, Helga Rübsamen-Waigmann gehörte schon in ihrer BAYER-Zeit dem Hochschulrat der Universität Wien an und nimmt das Amt noch bis mindestens 2013 wahr, während Fred-Robert Heiker diese Aufgabe lange an der Universität Hohenheim versah.

Hochschul(-ver)rat

„Die Studierenden protestierten überall gegen die Einführung der Hochschulräte, am schärfsten aber in Köln. „Damit wird die studentische Mitbestimmung weiter abgebaut und die (...) kapitalistische Verwertungslogik weiter bedient“, erklärten dort die StudentInnen und setzten sich zur Wehr. Sie hielten Kundgebungen auf dem Campus ab, veranstalteten Aktions- und Infocamps und besetzten das Rektorat, bis die Polizei mit 100 Einsatzkräften das Gebäude stürmte. Zur konstituierenden Sitzung des Hochschulrates riefen verschiedene Gruppen zu einem großen „Reclaim the Uni“-Event auf, „um die LobbyistInnen von BAYER, IBM, Deutscher Bank usw. ins Exil nach Liechtenstein zu schicken“, so dass das Gremium schließlich unter Polizeischutz tagen musste. Der Kölner Herz-Spezialist Erland Erdmann dürfte sich ebenfalls nicht allzu sehr über die BAYER-Präsenz an seiner Universität freuen. Noch im November 2007 hatte er nämlich über die zunehmende Abhängigkeit der Pharma-Forschung von der Industrie geklagt. Seit sich der Staat aus der Finanzierung von Arznei-Studien weitgehend zurückgezogen hat, stehen Erdmann zufolge als Geldgeber nur noch die Pillen-Riesen zur Verfügung. Und die verlangen Gegenleistungen: „Bevor man als Wissenschaftler die Ergebnisse einer solchen klinischen Studie veröffentlichen könne, müsse man den zur Publikation vorgesehenen Bericht in der Regel erst dem Sponsor vorlegen. Marktschädliche

Äußerungen könnten dabei dem Rotstift zum Opfer fallen“, gibt die *Faz* seine Worte wieder. Ob der Arzt dabei von Erfahrungen berichtet, welche die Kölner MedizinerInnen bei den 30 schon länger gemeinsam mit BAYER betriebenen Arzneimittel-Projekten gesammelt haben? Möglich wär 's, denn der wissenschaftlichen Wahrheit fühlen sich die Medikamenten-Tests des Leverkusener Multis oftmals nicht verpflichtet. So erprobte der Pharma-Riese im Jahr 2000 sein Antibiotikum CIPROXIN an 650 britischen Krankenhaus-PatientInnen, ohne auf andere Expertisen zu verweisen, nach denen CIPROXIN im Zusammenspiel mit anderen Pharmazeutika seine Wirksamkeit verlieren kann. Mindestens einen Patienten brachte eine Infektion auf diese Weise in Lebensgefahr. Der an den Untersuchungen beteiligte Chirurg Stephen Karran hatte vergeblich versucht, dies zu verhindern. „Obwohl ich zu Beginn der Tests auf die Probleme hingewiesen habe, wurde die Studie im ganzen Land unverändert durchgeführt“, so Karran, der BAYER mit dieser Kritik auf der Hauptversammlung von 2001 auch direkt konfrontierte. Wie Arzneimittel-Tests made by BAYER immer das gewünschte Ergebnis erzielen, enthüllte das *arzneimittel-telegramm* im Jahr 2003 am Beispiel des Diabetikums GLUCOBAY (Wirkstoff: Acarbose). Was zu beweisen war, das war die segensreiche Wirkung des Präparates auf den Blutdruck und das Herz/Kreislaufsystem der Zuckerkranken. Und das gelang dem Leverkusener Multi durch verschiedene Operationen. Zunächst einmal redeten die werkseigenen PharmakologInnen ein gehöriges Wörtchen bei der Konzeption der Studie mit. Dann schlossen die WissenschaftlerInnen 61 TeilnehmerInnen aus, die sich als therapie-resistent zu erweisen drohten. Anschließend betrieb der Konzern bei den Angaben zu den Risiken und Nebenwirkungen der klinischen Erprobung ein Verwirrspiel; sie schwankten je nach Veröffentlichungsort. Mal hatten 15 GLUCOBAY-PatientInnen unter Herz/Kreislaufproblemen zu leiden und 32 Placebo-ProbandInnen, dann wieder 33 bzw. 39. Eine ähnliche Variationsbreite wiesen die

Informationen zum Gewichtsverlust der TeilnehmerInnen auf. Und zu schlechter Letzt erschließt sich der Sinn der Übung, den blutdrucksenkenden Effekt des Mittels zu demonstrieren, kaum, weil BAYER sich nicht darauf festlegen mochte, ob nun 46 Prozent der ProbandInnen mit Bluthochdruck in den Test gingen oder 51 Prozent. Das *arzneimittel-telegramm* zieht deshalb das folgende Fazit: *Ein Nutzen von Acarbose (GLUCOBAY) zur Senkung des Risikos kardiovaskulärer Erkrankungen bei PatientInnen mit erhöhtem Blutzucker ist nicht belegt. Der jetzt publizierte angebliche Nutzen-Nachweis durch die STOP-NIDDM-Studie beruht auf Daten-Manipulation zu Gunsten von Acarbose. Die behauptete Senkung des Hypertonie-Risikos durch Acarbose lässt sich wegen eklatanter Differenzen in den Ausgangsdaten zum Bluthochdruck nicht beurteilen. Die Publikationen der STOP-NIDDM-Studie enthalten eine Fülle weiterer grober Ungereimtheiten, die nicht nur Zweifel an der Seriosität, sondern auch Verdacht auf gezielte Eingriffe aufkommen lassen*“. Während der Chef der „Europäischen Arzneimittel-Zulassungsbehörde“, Thomas Lönngrén, angesichts dieser von BAYER und anderen Pharma-Unternehmen geübten Praxis fordert: „Wir brauchen mehr unabhängige Studien, die mit öffentlichen Mitteln finanziert werden“, geht die Uniklinik Köln den umgekehrten Weg. Ihr Vorstandsvorsitzender Prof. Dr. med. Eugen Schömig sieht da keinerlei Probleme. „Durch strenge wissenschaftliche Regularien bei den Studien und intensiven regelmäßigen Austausch bleibt die Unabhängigkeit wissenschaftlicher Forschung gewahrt“, beteuert er.

Diktierte Verträge

Dabei ist diese Unabhängigkeit der Forschung nicht nur durch die Kreativität der Konzerne bei der Gestaltung von klinischen Arznei-Tests bedroht, denn die Kooperationsabkommen haben es in sich. Sie stiften eher eine Zwangsehe als eine mehr oder weniger „bevorzugte Partnerschaft“. Von „diktierten“ Verträgen sprach die bei der TU Dortmund für Forschungsangelegenheiten zuständige Brigitte Trimpé deshalb auf einer Veranstaltung, welche das „Zentrum für Gewer-

lichen Rechtsschutz“ der Universität Düsseldorf initiiert hatte, um ihren mit Hilfe von BAYER und anderen Unternehmen erarbeiteten Mustervertrag zur Debatte zu stellen. Auch der Leverkusener Multi kennt da kein Pardon, wie BAYER HEALTH CAREs Patent-Experte Dr. Dieter Linkenheil bei dem Treffen freimütig einräumte. In der Regel lege das Unternehmen einen von ihm entwickelten Vertragsentwurf vor, so Linkenheil. Und so sehen die Vereinbarungen auch aus. Die Universitäten verpflichten sich darin zumeist, auf eine „negative Publikationsfreiheit“ zu verzichten, d. h. über fehlgeschlagene Experimente den Mantel des Schweigens zu hüllen. Auch vorher schon haben sich die WissenschaftlerInnen Beschränkungen aufzuerlegen. Üben sie früher den freien akademischen Austausch, so gilt heutzutage das, was in den Laboren geschieht, als „Betriebsgeheimnis“. Zudem verlangen die Multis von ihren Partnern, schon im Frühstadium der Zusammenarbeit alle Rechte an den Erfindungen abzutreten. In Düsseldorf traten Linkenheil, Dr. Elmar Bramer-Weger von BAYER MATERIAL SCIENCE sowie alle anderen KonzernvertreterInnen für eine Vorausabtretung der Rechte an den Forschungsergebnissen ein. Diese Firmen-Strategie sorgt für den meisten Streit in den Beziehungen zwischen den Firmen und den Universitäten. Erweitert sich nämlich ein Projekt am Markt als besonders profitabel, haben die Hochschulen das Nachsehen. Hannes Lehmann von TU Dresden machte darum den Vorschlag zur Güte, in die Kontrakte wenigstens eine „Bestseller-Klausel“ einzubauen, die Erfolgsprämien ermöglicht. Darüber war aber mit den Konzern-Emissären nicht zu reden. Schließlich trügen die Unternehmen doch auch das wirtschaftliche Risiko, entgegnete Dr. Bramer-Weger dem Dresdener Forschungsbeauftragten. Deshalb dürfte die „Bestseller-Klausel“ auch in dem zwischen BAYER und der Universitätsklinik Köln getroffenen Agreement fehlen. Genaueres dazu konnte *Stichwort BAYER* nicht in Erfahrung bringen. „Leider muss ich Ihnen mitteilen, dass wir zum Inhalt bestehender Verträge aus rechtlichen Gründen keine Auskunft geben“, antwortete die Uniklinik-Pressesprecherin

Sina Vogt auf eine entsprechende Nachfrage. So sieht sie also aus, die „freie und wettbewerbsorientierte Wissensgesellschaft“, die Forschungsministerin Annette Schavan bei der Vorstellung der „Hightech-Strategie für Deutschland“ beschwor. BAYER hätte alles gerne noch ein wenig freier und wettbewerbsorientierter - und ruft nach dem Staat, um seine Pillen-Produktion an Profit-Höchstgrenzen zu treiben. „Wie müssen darstellen, wie die Politik ordnungspolitisch dazu beitragen kann, Wachstums-

und Innovationspotenziale dieser Industrie stärker zu fördern. Das erfordert ein Zusammenwirken der Forschungs-, Wirtschafts- und Gesundheitspolitik“, drängt Forschungsvorstand Wolfgang Plischke. Jan Pehrke, Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V.

Mit freundlicher Genehmigung der Coordination gegen BAYER-Gefahren
www.CBGnetwork.org
Tel 0211-333 911,
Fax 0211-333 940

Interhelpo:

Die INTERHELPO wird herausgegeben von der Freien ArbeiterInnen Union (FAU) Münsterland. Die FAU ist eine bundesweite Föderation von Gewerkschaftsgruppen. Hauptzweck einer Gewerkschaft ist die Verbesserung der alltäglichen Arbeits- und Lebensbedingungen von Lohnabhängigen. Bei Gewerkschaft denkt man freilich gleich an den DGB, die FAU ist jedoch an wesentlichen Punkten anders: Sie hat keine bezahlten Funktionäre, beteiligt sich nicht an Betriebsratswahlen und alle Entscheidungen werden von den betroffenen Mitgliedern vor Ort bzw. im Betrieb gefällt. Wir setzen darauf, dass ArbeiterInnen ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen anstatt weiter faule Kompromisse samt der zugehörigen Standortlogik zu schlucken. Die FAU versucht nicht, den Kapitalismus zu retten, und glaubt nicht, dass er je eine gerechte Wirtschaftsordnung sein kann. Ausbeutung und Krise sind vielmehr sein ureigenstes Wesen, daher ist unser langfristiges Ziel ihn zu überwinden. Der Weg dorthin führt jedoch über die konkreten Arbeitskämpfe, die hier, heute und weltweit zu führen sind. Hierzu braucht es starke Gewerkschaften. In Münster sind Branchenstrukturen in den Bereichen Callcenter und Druck im Aufbau, weitere Mitglieder sind in den Sektoren Bildung und Medien tätig. Notgedrungen beschäftigen wir uns auch mit dem Problem Hartz IV und ALGII. Der letzte Ausweg aus dem kapitalistischen Desaster kann für uns nicht die Verstaatlichung sein, sondern nur die Vergesellschaftung der Wirtschaft „von unten“, durch die Arbeitenden und nicht zuletzt durch die Gewerkschaften. Interessierte sind herzlich eingeladen, bei unseren Treffen vorbeizukommen! Übrigens: „Interhelpo“ ist Esperanto und bedeutet „gegenseitige Hilfe“. Die vorliegende Interhelpo, die wir aufgrund des Umfangs nur online publizieren, soll zur Vertiefung der Diskussionen dienen, die hoffentlich im Bildungstreik im Juni 2009 entstehen. Alle Texte sind bereits einmal erschienen. Die drei Texte aus der Graswurzelrevolution hat der Autor Joseph Steinbeiß extra für uns überarbeitet. Wir danken der Graswurzelrevolution, der Coordination gegen Bayergefahren und den Autoren für die freundliche Genehmigung zur Neupublikation.